

## Die Welt in der Krise: Welche Zukunft hat die Soziale Marktwirtschaft

REDEBEITRAG VON MARIE-LUISE DÖTT MDB ZUR GLEICHNAMIGEN VERANSTALTUNG DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG AM 25. JUNI 2009 IN BIELEFELD

(Es gilt das gesprochene Wort)

**Sie haben mir die Frage nach der Zukunftsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft gestellt. Bei der Beantwortung dieser Frage hilft zunächst einmal der mutmachende Hinweis, dass wir mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft in Europa nicht allein stehen. Schließlich haben zumindest die alten Mitgliedsländer der Europäischen Union die beiden Strukturprinzipien dieses Systems verinnerlicht und in ihren Gesellschaftsordnungen auch institutionell verankert: Diese sind der Markt und der Wettbewerb auf der einen Seite sowie der soziale Ausgleich für alle, die auf dem Markt nicht den Lebensunterhalt verdienen können, auf der anderen Seite.**

### Exkurs: Der Bund Katholischer Unternehmer

Wie Sie vielleicht wissen, bin ich Vorsitzende eines Vereins, der sich seit 60 Jahren mit den geistigen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft befasst und darüber hinaus auch immer wieder konkrete Reformvorschläge in die politische Debatte einbringt: Ich spreche vom Bund Katholischer Unternehmer, dem BKU. Der BKU wurde 1949 von Unternehmern gegründet, die sich nach Krieg und Faschismus am Wiederaufbau der Staats- und Gesellschaftsordnung aktiv beteiligen wollten. Schon 1955 legte der BKU mit dem "Schreiber-Plan" unseres ersten Geschäftsführers Wilfrid Schreiber die Blaupause für unser heutiges Rentensystem

vor. Seither engagieren wir uns an der Schnittstelle von Kirche, Wirtschaft und Politik. Unsere Mitglieder sind 1250 Unternehmer, Freiberufler und leitende Angestellte, aber auch Wissenschaftler oder Manager aus kirchlichen oder caritativen Einrichtungen.

Der BKU steht auf zwei Standbeinen:

- den 36 Diözesangruppen, die sich weitgehend am Zuschnitt der Bistümer orientieren;
- und den bundesweiten Arbeitskreisen, in denen Reformvorschläge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik entstehen. Derzeit gibt es unter anderem Arbeitskreise über die Zukunft der Arbeit, die Soziale Ordnung, Unternehmerische Entwicklungszusammenarbeit und Mittelstand.

Vieles von dem, was ich Ihnen heute vortrage, stammt aus diesen Arbeitskreisen.

### Hinführung zum Thema

Die ordnungspolitischen Fragen, die sich mit meinem Thema verbinden, werden derzeit überdeckt durch die Finanzkrise und ihre Folgen. Ich werde aber heute nicht der Versuchung erliegen, mich an der aktuellen Krise festzubeißen, sondern werde eher langfristig argumentieren und auf die Grundlagen des Erfolgsmodells Soziale Marktwirtschaft eingehen. Dennoch komme ich an der Finanzkrise natürlich nicht vorbei. Diese ist für mich aber eine Krise IM System,

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

DEUTSCHLAND

MARIE-LUISE DÖTT

25. Juni 2009

[www.kas.de](http://www.kas.de)

nicht eine Krise DES Systems. Mit anderen Worten: Die Krise wurde ausgelöst, weil wesentliche Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft nicht beachtet wurden. Sie wurde nicht etwa verursacht, weil das System „falsch“ oder „überholt“ ist.

Dazu kommt eine Entwicklung, vor der die Katholische Soziallehre schon lange gewarnt hat: Bereits Papst Johannes XXIII. forderte, dass es auf jeder Ebene, auf der das Gemeinwohl tangiert ist, auch Institutionen geben muss, die Regeln aufstellen und auf deren Einhaltung achten. Das beginnt in der Kommune, setzt sich fort mit dem Nationalstaat und endet auf der Weltebene.

Die gegenwärtige Krise indes ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass es keine staatlichen Organe gibt, die die weltweiten Finanzströme regulieren. Durch den technischen Fortschritt kann heute Kapital in großer Menge und großer Geschwindigkeit rund um den Globus transferiert werden. Dazu kam das Jonglieren mit immer unüberschaubareren Finanzprodukten. Für beides müssen wir auf internationaler Ebene Regelungen und effektive Kontrollorgane schaffen. Das ist eine der großen Herausforderungen, vor der wir derzeit stehen.

#### Kleiner Exkurs zur Ethik

Aus aktuellem Anlass muss ich noch eine weitere Gefahr erwähnen, die unserem System schon in den Jahren vor der Krise "von innen" drohte: Als Unternehmerin und Politikerin predige ich jeden Tag die Vorzüge unserer Sozialen Marktwirtschaft. Immer wieder betone ich, dass unsere Wirtschaft nicht von raffgierigen Managern bestimmt wird, sondern von verantwortungsbewussten mittelständischen Unternehmern, die mit Haut und Haaren mit ihrem Betrieb verwachsen sind. Und ich predige, dass nicht alle Manager Raffkes sind, sondern viele von ihnen verantwortungsbewusst ihre Pflicht tun.

Doch dann kommen Meldungen über Schmiergeldzahlungen bei Siemens, Lustreisen des VW-Betriebsrates, millionenschweren Abfindungen für erfolglose Manager

oder Steuerhinterziehungen prominenter Wirtschaftsführer.

Das Problem sind nicht die volks- oder betriebswirtschaftlichen Auswirkungen dieser Exzesse. Diese sind eher marginal. Sondern es geht darum, dass jeder neue Skandal die Zustimmung zu unserem Wirtschaftssystem untergräbt. Wie kann ich den sprichwörtlichen kleinen Leuten noch erklären, sie sollten den Gürtel enger schnallen und brav ihre Steuern zahlen, wenn jede Woche ein neuer Skandal auftaucht?

Dazu fällt mir eine Passage ein, die unser heutiger Papst im Jahr 1985 bei einem vom BKU mit organisierten Symposium in Rom gehalten hat. *"Die Marktregeln funktionieren nur dann, wenn ein moralischer Grundkonsens besteht und sie trägt"*, sagte Joseph Kardinal Ratzinger damals. Ich glaube, das trifft es exakt: Genau dieser moralische Grundkonsens wackelt bei uns.

Damals hat Ratzinger diesen Zusammenhang in seiner schönen klaren Sprache so auf den Punkt gebracht. Er formulierte die Vision einer Wirtschaftsordnung, die nicht nur dem Gruppenwohl, sondern auch dem Gemeinwohl dienen soll. Diese brauche indes ein Höchstmaß an ethischer Disziplin, sagte er und fügte fast schon prophetisch hinzu:

*Eine politische Willensbildung, die die inneren Gesetze der Wirtschaft auf dieses Ziel hin nutzt, scheint heute trotz aller humanitären Beteuerungen fast unmöglich; durchsetzbar kann sie nur sein, wenn ganz neue ethische Kräfte dafür freigesetzt werden. Eine Moral, die dabei die Sachkenntnisse der Wirtschaftsgesetze überspringen zu können meint, ist nicht Moral sondern Moralismus, also das Gegenteil von Moral. Eine Sachlichkeit, die ohne das Ethos auszukommen meint, ist Verkennung der Wirklichkeit des Menschen und damit Unsachlichkeit. Wir brauchen heute ein Höchstmaß an wirtschaftlichem Sachverstand, aber auch ein Höchstmaß an Ethos, damit der wirtschaftliche Sachverstand in den Dienst der richtigen Ziele tritt und seine Erkenntnis politisch vollziehbar und sozial tragbar wird.*

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

DEUTSCHLAND

MARIE-LUISE DÖTT

25. Juni 2009

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Wir vom Bund Katholischer Unternehmer sehen das genauso. Und wir bleiben bei unserer Überzeugung, dass eine ethisch saubere Unternehmensführung und ein vertrauensvoller Umgang mit den Mitarbeitern langfristig auch wirtschaftlich erfolgreich macht. Denn eines zeigen die jüngsten Skandale: In unserer Mediengesellschaft wird jede Leiche im Keller irgendwann gefunden und ins Licht der Öffentlichkeit gezerrt. Und dann ist der Imageschaden weit aus größer als der kurzfristige Erfolg, den ich vorher durch Bestechung, Steuerhinterziehung oder ähnliches hatte.

#### **Der Geist der Sozialen Marktwirtschaft: Das Menschenbild der Katholischen Soziallehre**

Ich möchte Ihnen heute aufzeigen, in welchem „Geist“ unsere Soziale Marktwirtschaft saniert werden kann. Dabei erinnere ich an die Grundgedanken dieser Ordnung, die wiederum auf der Katholischen Soziallehre basieren. Meine These lautet: Nur wenn wir diese Wurzeln wieder berücksichtigen, können wir die Soziale Marktwirtschaft „fit“ für die Globalisierung machen. Und wir müssen bei den Menschen im Land wieder für die Vorzüge unseres Systems werben.

Die ethische Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft ist die Freiheit in Verantwortung. Im Mittelpunkt steht der eigenverantwortliche Mensch mit seiner unveränderlichen Würde, der sein Leben in Freiheit gestaltet. Dieser Mensch muss frei sein, damit er Verantwortung vor Gott und für sich selbst übernehmen kann. Zur Würde des Menschen gehört auch, dass er – soweit er dazu in der Lage ist – für seinen Lebensunterhalt selbst aufkommen kann. Selbstachtung erwächst vor allem aus Arbeit und Beschäftigung.

Für eine erfolgversprechende Reform müssen wir uns auf die drei Grundsäulen der Katholischen Soziallehre besinnen, auf das Subsidiaritätsprinzip, das Solidaritätsprinzip und das Gemeinwohlprinzip. Diese Denkweise stand auch Pate bei der Konstruktion der Sozialen Marktwirtschaft.

#### **Die Person als Ursprung, Träger und Ziel der Gesellschaft**

Die Katholische Soziallehre geht davon aus, dass Gott dem Menschen die Fähigkeit mitgegeben hat, mit Hilfe seiner natürlichen Vernunft die Würde der menschlichen Person und die damit verbundenen "Baugesetze" des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu erkennen. Deshalb wenden sich die Sozialrundschriften der Päpste auch nicht nur an gläubige Christen, sondern an "alle Menschen guten Willens". Auch wer die biblische Gottebenbildlichkeit des Menschen nicht anzunehmen vermag, kann die "Grundsätze" der Katholischen Soziallehre verstehen und danach leben.

Nach dem "obersten Grundsatz" dieser Lehre muss der Mensch stets "Ursprung, Träger und Ziel" aller gesellschaftlichen Einrichtungen sein. Die Gesellschaft ist für den Menschen da und nicht umgekehrt. Allein der Mensch, der "seinem Wesen nach Person ist", und nicht irgendein Kollektiv, hat "aus sich Rechte und Pflichten, die unmittelbar und gleichzeitig aus seiner Natur hervorgehen" (Pacem in terris 9).

Sehr schön hat das auch Wilhelm Röpke formuliert: *»Das Maß der Wirtschaft ist der Mensch; das Maß des Menschen ist sein Verhältnis zu Gott.«*

Das **Subsidiaritätsprinzip** will den Kompetenz- und Verantwortungsspielraum der Person und der personnahen Gemeinschaft sichern und stärken. Es ist ausgeprägt in drei Dimensionen:

- Erste Dimension ist die **subsidiäre Kompetenz**: Jede einzelne Person und kleinere gesellschaftliche Einheit (z.B. die Familie, aber auch das Unternehmen) hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, all das selbst zu tun, was in ihren Kräften steht.
- Die zweite Dimension ist die **subsidiäre Assistenz**: Wenn sich die Kräfte in der kleinsten Ebene als zu schwach erweisen, soll die übergeordnete gesellschaftliche

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

DEUTSCHLAND

MARIE-LUISE DÖTT

25. Juni 2009

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Ebene durch gezielte „Hilfe zur Selbsthilfe“ eingreifen, mit dem Ziel die eigene Leistungsfähigkeit zu stützen und nach Möglichkeit wieder voll herzustellen.

- Die dritte Dimension des Subsidiaritätsprinzips ist die **subsidiäre Reduktion**: Wenn die Hilfe zur Selbsthilfe ihr Ziel erreicht hat, die „Subventionen“ also der Not gewehrt und eigene Regenerationskräfte angeregt haben, dann müssen sie wieder eingestellt werden.

Dabei ist im Laufe der Entfaltung der Industriegesellschaft eine zunehmende Schwerpunktverlagerung weg von den primären Sozialbeziehungen hin zu den höheren Ebenen des Staates eingetreten, also eine Verschiebung von Kompetenzen und Verantwortlichkeiten weg von den Personen hin zu kollektiven Aggregaten. Dies ist prinzipiell nicht zu kritisieren. Im Unterschied zur Agrargesellschaft können der einzelne und seine Familie heute die Risiken des Daseins nicht mehr alleine absichern. Der deshalb zu Recht entstandene Sozialstaat trägt aber in sich die Tendenz zum totalen Versorgungsstaat. Die Gesellschaft wird zunehmend verstaatlicht.

Das **Solidaritätsprinzip** setzt bei Ungleichheit an, die in jeder Gesellschaft vorhanden ist. Es verlangt mindestens, dass keiner, der sich nicht mehr zu helfen vermag, seinem eigenem Schicksal überlassen wird, so dass er ein Leben in Würde nicht mehr zu führen vermag.

Welches Niveau hier angemessen ist, lässt sich nicht absolut festlegen, sondern muss immer neu justiert werden. Das Solidaritätsprinzip relativiert das reine Leistungsprinzip, weil es auch den Nichtleistungsfähigen in seiner Würde achtet und mit dem lebensnotwendigen Solidaritätseinkommen versorgt.

Es setzt damit zugleich das Leistungsprinzip voraus: Denn Solidarität ist nur dann möglich, wenn die Leistungsfähigen ihre Leistung auch erbringen, um so die notwendigen Solidarbeiträge zu erwirtschaften. Der Starke muss bereit sein, mehr einzuzahlen,

als er empfängt. Dabei muss man freilich darauf achten, dass seine Leistungsbereitschaft nicht über Gebühr beansprucht wird. Dies verlangt von Seiten des Leistungsempfängers, dass er Solidarleistungen nicht missbraucht und sie nur in "angemessenem" Umfang in Anspruch nimmt.

Die dritte Säule der Katholischen Soziallehre, das **Gemeinwohlprinzip**, umfasst die Summe jener unbedingt notwendigen Werte, Strukturen und Verhaltensweisen, die unabdingbar sind, damit eine Gesellschaft nicht auseinander fällt. Welche Strukturen und Institutionen dies sind, muss immer wieder neu verhandelt werden.

Das Neue an Erhards Sozialer Marktwirtschaft war, dass er in diesem Geist das Prinzip der Freiheit am Markt mit dem sozialen Ausgleich der Gesellschaft verbunden hat. Dieser Ausgleich sollte aber gar nicht allein darin bestehen, dass der Staat interveniert. Vielmehr sollte das marktwirtschaftliche System der Entlohnung nach Leistung selbst schon zu einer gerechten Verteilung führen. Das Soziale sollte nicht erst mit staatlicher Umverteilung beginnen. Darüber hinaus sollte der Staat zwar eine Absicherung gegen individuelle Lebensrisiken organisieren aber keine Vollkaskoversicherung leisten.

### Freiheit in Verantwortung

Im ursprünglichen Konzept der Sozialen Marktwirtschaft wird Freiheit als deren erste Säule bestimmt. Wie ist aber die Freiheit zu verstehen, die hier gemeint ist? Fest steht, dass nicht absolute Willkürfreiheit, Freiheit ohne Ursachen und ohne Konsequenzen gemeint ist. Ludwig Erhard präzisiert dies noch einmal: „Freiheit darf nicht zu einem Götzendienst werden, ohne Verantwortung, ohne Bindung, ohne Wurzeln. Die Verbindung zwischen Freiheit und Verantwortung bedarf vielmehr der Ordnung.“

Damit wird offenkundig, dass der zu Grunde liegende Freiheitsbegriff in die Dimension der Verantwortung und des Gemeinwohls der Gesellschaft eingebunden ist. Diese ethische Bindung macht zugleich deutlich, dass der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

DEUTSCHLAND

MARIE-LUISE DÖTT

25. Juni 2009

[www.kas.de](http://www.kas.de)

niemals ein (reines) marktwirtschaftliches Konzept bezeichnet, zu dem - wie die Sahne zum Cappuccino - das soziale Element hinzukommt, das aber auch bei Bedarf wieder weggelassen werden kann.

### Das Prinzip Markt

Das Prinzip „Markt“ als ökonomisches Strukturprinzip ist die notwendige Konsequenz der Realisierung von ökonomischer Freiheit. Sie wiederum findet ihre Grenze an den gleichberechtigten Ansprüchen des sozialen Ausgleichs und der Würde des Menschen. Der Markt ist der Ort, an dem miteinander konkurrierende Wettbewerber in einen Tausch eintreten. Dieser Markt wird vom Wettbewerb angetrieben, der in der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft eingebettet ist.

Dazu bedarf es des freien, von einem starken Staat gegen Machtkonzentrationen geschützten Wettbewerbs, also des freien Zugangs aller zum Markt, um Waren und Dienstleistungen anbieten zu können. Der Markt ist das tägliche Plebiszit über den Dienst des Unternehmers am Kunden. Erfolg hat nur der Unternehmer, der den Bedürfnissen der Konsumenten dient. Diese Rahmenbedingungen muss der Staat setzen. Er darf dabei aber nicht selbst Marktteilnehmer sein!

### Die zentrale Rolle des Unternehmers

Eine zentrale Rolle in diesem Modell spielt die Person des Unternehmers, der diese Freiheiten kreativ nutzt und damit den Wohlstand aller mehrt. Es gilt also, Existenzgründungen zu fördern und mehr Menschen zu motivieren, den Schritt in die Selbständigkeit zu wagen. Das wird nur gelingen, wenn wir gegen das Bild des Unternehmers als verantwortungslosem Kapitalisten angehen und in der Öffentlichkeit das positiv besetzte Bild wirtschaftlicher Freiheit und unternehmerischer Initiative verbreiten.

Denn es ist nicht der Staat der erste Adressat, wenn es um die Einrichtung neuer Arbeitsplätze geht. Vielmehr bedarf es einer gesamtgesellschaftlichen Initiative und Bereitschaft, durch die Errichtung

neuer Beteiligungsmöglichkeiten, durch den Abbau überregulierender staatlicher Bestimmungen, durch ein Klima der Ermutigung gerade auch Arbeitslosen die Chance auf Existenzgründung zu geben und somit auch ein Stück mehr an sozialer Gerechtigkeit zu schaffen. Es ist vorrangige Aufgabe der Unternehmer, die ihre Freiheit, Initiative und Kreativität einsetzen, um verantwortungsbewusst zum Wohle der Gesellschaft, beizutragen, auch indem sie Arbeitsplätze schaffen.

An der Person des Unternehmers lässt sich eine zentrale Fehlentwicklung festmachen, die die aktuelle Wirtschaftskrise ausgelöst hat: Der Mangel an Verantwortung. Für die Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft war das Haftungsprinzip eine der konstituierenden Prinzipien der Wettbewerbsordnung. Schließlich ist es eine alte Erkenntnis, dass wir Menschen mit unserem eigenen Geld viel vorsichtiger umgehen als mit dem anderer. Die Verbindung von Haftung und Eigentum ist idealtypisch in der Person des Eigentümer-Unternehmers manifestiert, den Prof. Dr. Paul Kirchhof kürzlich in der FAZ so beschrieben hat: Dieser Verantwortungseigentümer, "der mit seinem Namen und seinem Vermögen für die Qualität seiner Leistung einsteht. Der Unternehmer schaut täglich seinen Kunden ins Auge und weiß deswegen, was der Kunde, was der Markt von ihm erwartet".

Gegen dieses Ideal ist gleich zweifach verstoßen worden: Bereits seit Jahren verfolgen wir mit Unmut die Vertragsbedingungen einzelner Manager, die zwar hohe Gehälter beziehen, aber im Falle grober Fehler nicht etwa mit ihrem Eigentum haften sondern oft noch mit hohen Abfindungen das Unternehmen verlassen. Der BKU fordert schon seit langem eine Managerhaftung in Höhe eines Jahresgehaltes bei persönlich nachzuweisenden Fehlern. Inzwischen hat die Politik dies aufgegriffen und wird es wohl bald in ein Gesetz gießen.

Eine wichtige Rolle in der Frage der Verantwortung spielen auch die Aufsichtsräte, die ja in erster Linie die Interessen der Aktionäre, also der Eigentümer, eines Unterneh-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

DEUTSCHLAND

MARIE-LUISE DÖTT

25. Juni 2009

[www.kas.de](http://www.kas.de)

mens vertreten sollten. Auch hier sind Änderungen unabdingbar - etwa in einer Begrenzung der Aufsichtsratsmandate pro Person und der Einschränkungen beim Wechsel vom Vorstand in den Aufsichtsrat ein und derselben Firma. Außerdem sind die Aufsichtsräte aufgerufen, die oben genannten Fehlentwicklungen bei den Managergehältern stärker zu begrenzen.

Der zweite Verstoß gegen das Prinzip der Verantwortung hat zur Bankenkrise geführt. Hierzu möchte ich noch einmal Paul Kirchhof zitieren:

*"Auch die Krise des Finanzmarktes beruht im Wesentlichen auf einer Erwerbsstruktur, bei der die Beteiligten für ihr Produkt und ihre Schuldner kaum noch verantwortlich sind. Herkömmlich leiht der Bankier beim Sparer einen Betrag für drei Prozent, überlässt diesen Betrag dem Investor für sechs Prozent, stimmt die Laufzeiten beider Verträge aufeinander ab und beobachtet die Bonität seines Schuldners. Heute hingegen gewährt er Kredit und verkauft die Forderung an eine Zweckgesellschaft. Damit realisiert er seine Forderung, verliert das Interesse an der Bonität des Kreditnehmers, entzieht sich also der Verantwortung für den von ihm ausgewählten Schuldner. Die Zweckgesellschaft verbrieft derartige Forderungen in einem Wertpapier, das sie wiederum an Investoren und Banken verkauft oder auch bei der Zentralbank als Pfand hinterlegt." (Paul Kirchhof: Der Schaden der anderen, FAZ vom 28. Mai 2009)*

Ich denke, schöner kann man die aktuelle Krise nicht beschreiben.

Wenn wir die Soziale Marktwirtschaft und die Weltwirtschaft zukunftsfähig machen wollen, müssen wir diesen Teufelskreis der Verantwortungslosigkeit durchbrechen. Das wird jedoch nur auf internationaler Ebene gelingen. Ein wesentlicher Baustein dafür wären staatlich überwachte Rating-Agenturen, die diese Kreisläufe überwachen und realistische Zeugnisse über die damit verbundenen Risiken ausstellen

## Der Sozialstaat in der Krise

Eine ganz andere „Reformbaustelle“ ist unser Sozialstaat: Dieser ist eine humanitäre Errungenschaft, die sich unter den Bedingungen einer modernen Wirtschaftsgesellschaft zwingend aus dem Solidaritätsprinzip ergibt. An die Stelle privater Caritas ist die öffentlich-rechtliche Sozialversicherung getreten. Dieser Sozialstaat hat sich aber aus bescheidenen Anfängen nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem gewaltigen Apparat entwickelt, der heute ein Drittel des Sozialprodukts umverteilt. Die inzwischen erreichte Rundum-Sozialstaatlichkeit hat zusammen mit dem Phänomen der Wachstumsgeellschaft der Nachkriegszeit zu einer neuen Bewusstseinslage geführt.

Heute ist ein Wohlstand Allgemeingut geworden, der bis weit nach dem Zweiten Weltkrieg nur einer kleinen Oberschicht zur Verfügung stand. Gleichzeitig verbreitete sich eine "Vollkasko-Mentalität", die eine sozialstaatliche Absicherung in allen Lebenslagen für selbstverständlich hält. Kaum einer fragt, wodurch der Sozialstaat dies kann. Er erscheint nach einem Wort von Franz Etzel wie eine "Kuh, die im Himmel gefüttert und auf Erden gemolken wird".

Diese "Philosophie" ist schon vor der Finanzkrise an ihre Grenzen gestoßen: Sie ergeben sich aus den demographischen Veränderungen (rückläufige Geburtenrate, längere Lebenszeit) und einer tendenziell sich immer mehr öffnenden Weltwirtschaft. Fakt ist: Der Sozialstaat in seiner bisherigen Gestalt lässt sich immer weniger finanzieren. Seine Reform ist allerdings nur erreichbar, wenn man sich wieder auf das ihm ursprünglich zugrunde liegende Menschenbild rückbesinnt.

## Grundgedanken zur Reform des Sozialstaats

Die Krise des Sozialstaates hat ihre Ursache darin, dass wir vom Subsidiaritätsprinzip nur noch den zweiten Satz übrig gelassen, den ersten und vor allem den dritten aber vergessen haben. Die Expansion der sozialstaatlichen Umverteilungsmasse wurde mit einer enormen Ausweitung der Staatsver-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

DEUTSCHLAND

MARIE-LUISE DÖTT

25. Juni 2009

[www.kas.de](http://www.kas.de)

schuldung finanziert. Inzwischen haben wir eine Staatsquote von rund 50 Prozent des Sozialprodukts erreicht. Entsprechend hoch sind die Steuern und Abgaben.

Die langfristige Sicherung des Sozialstaats verlangt, das aus dem Gleichgewicht geratene Verhältnis von Solidarität und Subsidiarität neu zu vermessen. Alle sozialstaatlichen Leistungen müssen anhand folgender drei Maximen überprüft werden:

- Welche bisherigen Sozialleistungen sind durch zumutbare Eigenleistungen zu ersetzen?
- Welche Solidarleistungen sind um der Würde und der damit zusammenhängenden sozialen Rechte willen auch in Zukunft unverzichtbar?
- Welche zusätzlichen Solidarleistungen sind - trotz der geringer gewordenen Gesamtverteilungsmasse - von der sozialen Gerechtigkeit gefordert?

Im Geiste dieser Grundlagen möchte ich nun kurz einige zentrale Politikfelder beleuchten.

#### **Gerechtigkeit zwischen den Generationen**

Die gesetzliche Rentenversicherung wird durch ein Umlageverfahren finanziert, bei dem die jeweils beruflich aktive Generation die aus dem Beruf Ausgeschiedenen mit unterhält und zugleich für den nötigen Nachwuchs sorgt. Dieses 1957 eingeführte System wurde damals als soziale Großtat gepriesen. Dies war es auch solange, als der bei dieser Gelegenheit von Konrad Adenauer geprägte Satz zutraf: "Kinder bekommen die Leute sowieso".

Der bereits zitierte Wilfrid Schreiber, dessen „Schreiber-Plan“ die Grundlage unseres Rentensystems bildet, warnte schon in den 1950er Jahren davor, eine Rentenreform "gegen die Mathematik" zu machen. Inzwischen haben wir die Situation, dass eine schrumpfende Erwerbsbevölkerung eine steigende Anzahl von Rentnern mitversorgen muss. Dabei ist den "Jungen" von heute klar, dass sie trotz steigender Beitragsleistung später mit einem geringeren Rentenni-

veau auskommen müssen, als diejenigen, für die sie heute zahlen.

Jede Generation trägt die volle Verantwortung für die Geburtenlücke, die sie hinterlässt. Folglich dürfen die steigenden Lasten der Altersrente nicht einseitig künftigen Generationen aufgebürdet werden, wenn die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sinkt. Und wir müssen uns davor hüten, immer wieder aus wahltaktischen Gründen in die Rentenformel einzugreifen.

#### **Reformen im Bildungswesen**

Inzwischen hat sich herumgesprochen, dass das deutsche Bildungssystem eines der Haupthindernisse für die Modernisierung unserer Gesellschaft darstellt. Besonders gravierend ist die Tatsache, dass circa 15 Prozent der Hauptschüler wegen zu geringer Fähigkeiten im Lesen, Schreiben und Rechnen den Anforderungen einer Berufsausbildung nicht mehr gewachsen sind.

Die gute Nachricht ist, dass diese Botschaft inzwischen in den Köpfen angekommen ist und sich im Bildungswesen vieles zum Besseren verändert. Wie das funktionieren kann, wie wir die Soziale Marktwirtschaft auch in der Bildung einführen können, hat der Bund Katholischer Unternehmer im vergangenen Jahr in einem Grundsatzpapier beschrieben. Darin stellen wir erst einmal klar, dass unser Bildungswesen mehr Geld braucht. Wir weisen aber auch Gleichung zurück, dass Mehr Geld = Bessere Bildung ist. Wir brauchen mehr Effizienz und Innovation, um die Qualität unseres Bildungswesens grundlegend zu verbessern. Um das zu erreichen, möchten wir das Bildungswesen für mehr unternehmerische Initiative, private Träger und mehr Wettbewerb öffnen.

Aufgabe des Staates ist es, die Rahmenbedingungen zu setzen und auch gegen private Interessen durchzusetzen, im Bildungswesen vor allem die Qualitätsstandards. Die Gründung und Trägerschaft von Bildungseinrichtungen ist dann in erster Linie die Aufgabe privater – kirchlicher, freigemeinnütziger und kommerzieller – Dienstleister. Hinzukommen muss dann eine intelligente soziale Ausgestaltung um si-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

DEUTSCHLAND

MARIE-LUISE DÖTT

25. Juni 2009

[www.kas.de](http://www.kas.de)

cherzustellen, dass Kinder und Jugendliche aus finanzschwachen und bildungsfernen Elternhäusern effektiv den Zugang zu qualitativer Bildung erhalten. Dies ist notwendig, da der Markt allein dies nicht gewährleisten kann.

Kern des BKU-Vorschlages sind:

- die Schaffung von Anreizen zum Aufbau von individuellem Bildungsvermögen und die Förderung des Bildungssparens – analog zum Bausparen,
- eine massive Umschichtung öffentlicher Mittel aus dem tertiären Sektor - also den Hochschulen - in den vorschulischen Bereich,
- eine entsprechende deutliche Entlastung der Familien mit Kindern im Vorschulalter durch eine Kombination von kostendeckenden Gutscheinen und deutlich erhöhten Steuerfreibeträgen,
- die Finanzierung aller allgemein- und berufsbildenden Schulen – staatlichen wie freien - über einheitliche Pauschalbeträge pro Schüler aus Steuermitteln,
- die Finanzierung von Nachmittagsangeboten für schulpflichtige Kinder und Jugendliche durch eine Kombination von Gutscheinen und deutlich erhöhten Steuerfreibeträgen,
- eine Finanzierung von tertiärer und lebenslanger Bildung stärker aus dem aufgebauten Bildungsvermögen und über Studiengebühren und
- die Eröffnung von Möglichkeiten, tertiäre Bildung und Forschung auch über Kapitalmarktmittel zu finanzieren.

**Mehr Freiheit auf dem Arbeitsmarkt schafft mehr Arbeit und mehr Chancen**

Sozial ist, was wettbewerbsfähige Arbeitsplätze schafft. Wir brauchen Arbeitsplätze, damit unsere leistungsbereite Jugend nicht auswandern muss; wir brauchen Arbeitsplätze, um notwendige soziale Leistungen finanzieren zu können; wir brauchen Arbeitsplätze, um die Lasten von morgen – Rente, Pflege, Gesundheit – finanzieren zu können. Die Umsetzung dieses Kerns der

Sozialen Marktwirtschaft ist eine soziale, politische, ja kulturelle Notwendigkeit. Sie erfordert die Abkehr von vertrauten Verhaltensweisen. Das Beruhigende ist, dass die Lösung des Problems in unserer Hand liegt. Das Beunruhigende ist, dass viele die Lösung für bedrohlicher als das Problem halten.

Das deutsche Arbeitsmarktproblem besteht nach wie vor darin, dass der Arbeitsmarkt nicht als Markt, sondern als Objekt sozialpolitischer Betätigung angesehen wird. Wenn beispielsweise Arbeitsgerichte auf die Schutzbedürftigkeit des Arbeitnehmers abstellen, ohne die damit verbundenen gesamtwirtschaftlichen Konsequenzen zu bedenken, sehen sie offenbar das Verhältnis von Arbeitnehmer und Arbeitgeber aus der „David gegen Goliath“-Perspektive; sie haben ein gutes Gewissen, wenn sie dem David zu einem Sieg über den vermeintlich übermächtigen Goliath verhelfen. Dass die Summe solcher Urteile die Finanzkraft und Anpassungsfähigkeit der Unternehmen schwächt und auch die Möglichkeit, sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten – daran denken sie zu selten.

Ein existenzsicherndes Mindesteinkommen ist wesentlicher Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft. Mindestlöhne jedoch werden sich gegen die Erwerbstätigen selbst richten, weil sie zu mehr Arbeitslosigkeit führen. Entscheidend für die Erhöhung des Arbeitseinkommens sind wirtschaftliches Wachstum und bessere Ausbildung. Der BKU propagiert daher das Modell eines „Aktivierenden Grundeinkommens“. Dieses Modell soll ein grundlegendes Problem beim heutigen Arbeitslosengeld ALG II lösen: Wenn Arbeitslose derzeit noch Geld dazuverdienen, wird ihnen das zu 80 bis 100 Prozent wieder auf das Arbeitslosengeld angerechnet. Damit bestehe wenig Anreiz, sich um eine Arbeit zu bemühen.

Das aktivierende Grundeinkommen, das der BKU stattdessen fordert, funktioniert nach dem Prinzip der Negativen Einkommensteuer. Wer kein eigenes Einkommen hat, erhält demnach vom Finanzamt ein Grundeinkommen in Höhe des sozio-kulturellen Existenzminimums (666 € im Monat). Gleichzei-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

DEUTSCHLAND

MARIE-LUISE DÖTT

25. Juni 2009

[www.kas.de](http://www.kas.de)

tig würden die Kommunen verpflichtet, den Betroffenen eine Beschäftigung oder eine Weiterbildung anzubieten. Wer diese verweigert, dem werden die Leistungen auf das sozio-kulturelle Existenzminimum (445 €) gekürzt. Wer eigenes Geld dazu verdient, darf davon rund 40 Prozent erhalten. Mit weiter steigendem Einkommen wird irgendwann der Punkt erreicht, von dem an dann der Zuschuss des Finanzamtes in eine zu zahlende („positive“) Steuer übergeht.

#### **Eine an Stabilitätsregeln orientierte Geldpolitik ist sozial**

Stabiles Geld sichert die sozialen Auswirkungen einer Wettbewerbsordnung; minderwertiges Geld unterminiert sie. Wenn Menschen sparen, um für Notfälle und für das Alter vorzusorgen, so vertrauen sie auf die Stabilität des Geldes. Inflation zerstört dieses Vertrauen und untergräbt die Glaubwürdigkeit des Staates. Selbst eine Preissteigerungsrate von »nur« 2 Prozent halbiert den Wert von Geldvermögen nach 35 Jahren. Stabiles Geld diszipliniert zudem die Politik, weil mangelnde Ausgabendisziplin die Zinsen hoch treibt und Unternehmen von Investitionen in zukünftige Arbeitsplätze abhält. Haushaltsdisziplin ihrerseits erleichtert der Zentralbank die schwierige Aufgabe einer stabilitätsorientierten Geldmengenbemessung.

Stabiles Geld und solide Finanzen sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Die Deutsche Bundesbank hat ihr Renommee in Deutschland und in der Welt durch ihren generell stabilitätsorientierten Kurs – oft gegen politischen Widerstand – erworben und gefestigt. Sie hat es in das System der Europäischen Zentralbanken eingebracht; Griechen, Italiener, Spanier, Iren ... haben es in Form eines historisch niedrigen Zinsniveaus »geerbt«.

Dieses Erbe ist stets durch politischen Druck bedroht. Deswegen betonen wir die stabilitätspolitische Verpflichtung der Europäischen Zentralbank (EZB). Langfristig ist dies auch wegen der davon ausgehenden Verlässlichkeit die beste Beschäftigungspolitik. Um der Entstehung von Blasen (Vermögenspreisinflation) entgegenzuwirken, emp-

fehlen wir, der Geldmengenbemessung wieder stärkere Beachtung zu schenken. Überdies stärkt dies die stabilitätspolitische Position der EZB gegenüber politischem Druck.

#### **Die Bewahrung der Schöpfung als Anliegen der Sozialen Marktwirtschaft**

Umweltschutz ist ein weltweites Problem. Deshalb ist ein globaler Ansatz, wie er im Kyoto-Protokoll versucht wird, richtig. Das sollte aber kein Land – gerade Deutschland nicht – davon abhalten, Vorreiter zu sein. Für die Väter der Sozialen Marktwirtschaft war das harmonische Miteinander von Mensch und Natur, von Industrie und menschenwürdiger Gestaltung der Umwelt ein zentrales Anliegen. Frühzeitig hat Walter Eucken auf die Notwendigkeit der Korrektur der betrieblichen Rechnungslegung aufmerksam gemacht, soweit sie die mit der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion verbundenen Umweltschäden vernachlässige.

Wenn Umweltverschmutzung als Marktversagen aufgefasst wird, wird der Eindruck erweckt, als sei die Marktwirtschaft schuld an dieser Misere und das Heil müsse in staatlicher Regulierung gesucht werden. Das Gegenteil ist richtig: Die Umweltschäden entstehen, weil es keinen Markt gibt, auf dem die Marktgegenseite die Rechnung für die Verschmutzung der Umwelt präsentieren könnte. Es müsste deswegen so etwas wie einen »Treuhand der Natur« geben, der diese Rechte gegenüber Verschmutzern wahrnehme.

Welche Maßnahmen dann in Frage kämen – Emissionszertifikate, steuerliche Lösungen oder auch staatliche Auflagen –, muss dann entsprechend der jeweiligen Situation geprüft werden. Hierbei darf das ökonomische und soziale Umfeld nicht aus dem Blickfeld geraten. Ein überzogener Umweltschutz, der die internationale Konkurrenzfähigkeit des Standortes schmälert, unterminiert das Fundament, das Wohlstand, soziale Leistungen und auch die Mittel für den Umweltschutz sichert und bereitstellt. Gerade im Sinne des Umweltschutzes muss auf ökonomische Effizienz gesetzt werden. Wir rufen daher die Politik auf, den Wettbewerb

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

DEUTSCHLAND

MARIE-LUISE DÖTT

25. Juni 2009

[www.kas.de](http://www.kas.de)

als Entdeckungsverfahren zu nutzen, um passende Antworten auf umweltpolitische Herausforderungen zu finden.

#### **Exkurs Wirtschaftswissenschaften**

Die Tatsache, dass in der Politik derzeit die ordnungspolitischen Grundlagen im stärker in Vergessenheit geraten, macht mir Sorgen. Was mir jedoch richtig Angst macht, ist die Verdrängung ordnungsökonomischen Denkens, Forschens und Lehrens an den deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten.

Studenten der Wirtschaftswissenschaften, die Walter Eucken oder Wilhelm Röpke nicht mehr kennen, kommen mir wie Germanisten vor, die noch nie einen Originaltext Goethe oder Schiller gelesen haben.

Bei der Besetzung neuer Lehrstühle verschwindet derzeit die Ordnungspolitik aus der deutschen Wirtschaftswissenschaft. Die neuen Professoren stammen aus Schulen, die nur noch auf mathematische Modelle setzen. Menschliches Handeln und Wirtschaften lassen sich aber nicht „durchmathematisieren“. Will Wissenschaft politisch wirken, so muss sie in die Alltagssprache der Menschen übersetzbar bleiben. Ludwig Erhard war ein Meister dieser allgemeinverständlichen Wirtschaftspolitik.

Gesellschafts-, Wirtschafts- und Sozialordnung lassen sich nur in der Gesamtschau betrachten. Eine Betrachtungsweise, die allzu oft „ceteris paribus“ geschieht, verengt den Blick. Ich habe den Verdacht, dass die wirtschaftliche Krise unserer Tage auch damit zu tun hat, dass die globalisierten Märkte und ihre gegenseitigen Verwobenheiten von allzu vielen mit einem so verengten Blick betrachtet wurden. Lassen sie uns gemeinsam einsetzen für den Erhalt der ordnungsökonomischen Tradition der Wirtschaftswissenschaften an unseren Hochschulen!

#### **Werbung für die Soziale Marktwirtschaft**

In den 50er Jahren stellten der BKU-Gründungsvorsitzende Franz Greiß und seine Mitstreiter fest, dass die Soziale Markt-

wirtschaft im Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit noch nicht angekommen war. Dazu schrieb Greiß später: „Schlüsselfigur der Marktwirtschaft war der Unternehmer. Dieses wenig bekannte, manchmal beschimpfte Wesen, dessen Arbeit und Leistung für den wirtschaftlichen Erfolg und die Verbesserung des Lebensstandards aller zwar hingegenommen, aber nicht gesehen und anerkannt wurde.“

Insbesondere für "Otto Normalverbraucher" war es im Jahr 1950 noch nicht erwiesen, dass die Soziale Marktwirtschaft überhaupt soziale Qualitäten hat. Um das zu ändern, lud Greiß als Präsident der IHK Köln im Herbst 1951 in die Kammer ein und gründete mit anderen Unternehmern den Verein "Die Waage". Bis Ende 1953 brachte dieser die gewaltige Summe von 3,8 Millionen DM auf. Mit dem Geld wurden eine flächendeckende Anzeigenkampagnen in der Tagespresse sowie mit Kino-Werbefilmen realisiert. Damit wurde viel in den Köpfen und Herzen der Menschen bewegt.

Heute sind wir wieder so weit, dass wir für die Soziale Marktwirtschaft werben müssen. So zeigen aktuelle Umfragen des Allensbacher Institutes von Ende 2008, dass nur noch 13 Prozent der Bundesbürger die aktuellen Verhältnisse für gerecht halten. Und der Anteil derer, die vom Wirtschaftssystem in Deutschland eine gute Meinung haben, ist in den vergangenen Jahren dramatisch gesunken: auf 34 Prozent in Westdeutschland und auf 21 Prozent in Ostdeutschland.

Veranstaltungen wie die heutige leisten einen wichtigen Beitrag, um die Vorzüge der Sozialen Marktwirtschaft wieder in das Bewusstsein zu bringen. Doch wir brauchen nicht nur Werbung für das System sondern auch Reformen am System. Und wir müssen gerade jetzt daran erinnern, auf welchen Säulen unsere Soziale Marktwirtschaft steht. Darauf, dass der Soziale Ausgleich der Marktergebnisse wichtig ist, weisen andere mehr als deutlich hin. Was dagegen immer wieder deutlich gesagt werden muss ist,

- dass dieser Ausgleich marktkonform zu geschehen hat;

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

DEUTSCHLAND

MARIE-LUISE DÖTT

25. Juni 2009

[www.kas.de](http://www.kas.de)

- dass zu den konstituierenden Elementen unserer Marktwirtschaft auch die Verbindung von Entscheidung und Haftung gehört, die sich idealerweise im Eigentümer-Unternehmer manifestiert;
- dass der Staat zwar die Rahmenbedingungen setzen muss, sich aber als wirtschaftlicher Akteur zurückhalten muss,
- dass die Bestrebungen, Überkapazitäten in bestimmten Industriebereichen wie etwa der Automobilindustrie durch staatliche Eingriffe zu erhalten, deswegen höchst problematisch sind.
- dass der Staat den Wettbewerb fördern und nicht verzerren muss. Bei aller Notwendigkeit der Stabilisierung des Finanzmarktes muss dies auch für den Bankensektor gelten. Hier droht der staatliche Rettungsschirm den Wettbewerb zu verfälschen. Dass die ‚Schirmbanken‘ den gesunden Banken, die ordentlich gewirtschaftet haben und den Schutz des Staates nicht in Anspruch nehmen brauchten, nun mit Konditionen Konkurrenz machen, die nicht nachhaltig sein können, darf nicht sein.

#### Schlussbemerkung

Meine Damen und Herren, wir feiern in diesen Monaten das 60-jährige Bestehen unseres Grundgesetzes und damit auch der Sozialen Marktwirtschaft. Wenn Menschen ihren 60. Geburtstag feiern, beginnen in den Festreden die Rückblicke und der Blick auf das Rentenalter. Zum Glück gelten in der Geschichte andere Zeiträume: So ist die amerikanische Verfassung auch nach mehr als 200 Jahren vital und erfolgreich. Verglichen mit diesem Alter ist unser deutsches Modell gerade mal den Kinderschuhen entwachsen.

Ich glaube, dass wir mit unserer Sozialen Marktwirtschaft ein Erfolgsmodell haben, deren Grundlagen sich bewährt haben und auch im Zeitalter der Globalisierung und der Wirtschaftskrise einen Weg zeigen, der sich zu gehen lohnt - wenn wir uns auf die Ursprünge besinnen und unser System in der von mir beschriebenen Weise anpassen. Aber auch wir Menschen sind ja ein Leben

lang lernfähig. Für ein vitales System wie die Soziale Marktwirtschaft und die Bundesrepublik mit ihrem Grundgesetz gilt das erst recht.

Ich danke Ihnen.